

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 22 (1942-1943)
Heft: 10

Artikel: Die Auflösung der Komintern
Autor: Nobs, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-334647>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

22. JAHRGANG -- JUNI 1943 -- HEFT 10

Die Auflösung der Komintern

Von Ernst Nobs

Mit Beschluß vom 15. Mai 1943 hat das Zentralkomitee der Komintern beschlossen, die Komintern aufzulösen. Der Beschluß wird in der bürgerlichen Presse Englands und der Vereinigten Staaten freudig begrüßt. Es wird gesagt, daß er zur Verbesserung der Beziehungen der übrigen Alliierten zu Rußland beitragen werde. Im gleichen Zeitpunkt hat Exchange aus Washington gemeldet, daß der Leiter der Lend and Lease-Verwaltung, Stettinius, vor dem Senat über die gewaltigen Waffenlieferungen an die Sowjetunion berichtet habe: *«Wir haben nach Rußland mehr Flugzeuge, Panzer und Lastkraftwagen geliefert, als nach irgendeinem andern Kriegsschauplatz. Rußland erhielt 45 Prozent aller exportierten Flugzeuge, 44 Prozent aller Panzer und 41 Prozent aller Lastkraftwagen.»*

Vor kurzem noch haben Meldungen aus England darüber berichtet, wie manche der englischen Gewerkschaften und sozialistischen Parteigruppen sich dagegen ausgesprochen haben, die kleine Kommunistische Partei Englands in die Labour Party aufzunehmen, weil die Kommunistische Partei Weisungen und Befehle für ihr Verhalten aus dem Ausland erhalte.

Es steht demnach außer Frage, daß die Auflösung der Komintern nicht etwa einer Änderung der Prinzipien der kommunistischen Parteien, ja nicht einmal einer Änderung ihrer Propagandamethoden entspringt, sondern sich erschöpfend erklären läßt als opportunistische und recht zweckmäßige, ja geschickte Anpassung an eine augenblickliche Lage. Der Beschluß dient in hohem Maße den Zielen der russischen Kriegführung und ist gewiß in allererster Linie ihren Bedürfnissen entsprungen, aber er ließe sich ebenso gut rechtfertigen aus dem Wunsch nach einer weniger behinderten Infiltration in die bestehenden sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen des europäischen Westens und auch der USA. Der militärische wie der parteipropagandistische Grund sind wahrlich überzeugend genug, um die Auflösung der Komintern zu begründen. Dieser Beschluß wird deshalb bei den Kommunisten der nicht-russischen Länder keine Krisenerscheinungen hervorrufen, vielmehr auch von ihnen lebhaft begrüßt werden. Es ist völlig verkehrt, anzunehmen, Rußland habe sie dadurch desavouiert oder gar fallen gelassen.

Hat der im Frühjahr 1940 zwischen Rußland und dem Dritten Reich abgeschlossene Nichtangriffspakt die Kommunisten um alle Sympathien in den demokratischen Ländern gebracht, so hat der spätere kriegerische Überfall auf Rußland und sein seitheriger überaus heroischer Verteidigungskampf diese Situation von Grund auf geändert. Man überzeuge sich nur durch einen Blick in eine Zeitung des englischen Sprachgebiets. Die Auflösung der Komintern kommt diesem Stimmungsumschwung weiter zustatten. Ich wiederhole aus diesem Grunde die Warnung vor einer irreführenden und illusionären Interpretation des Auflösungsbeschlusses. Die Kommunisten haben damit sehr wohl überlegte und kluge Realpolitik getrieben. Weder rechtfertigen sich deswegen Kommentare des Hohns und des Triumphs, noch kann von Niederlage und Umkehr gesprochen werden. Diktatorisch geführte Parteien zeigten immer schon viel größere Wendigkeit und Beweglichkeit gerade in taktischer Beziehung als demokratisch organisierte Parteien, die in dieser Beziehung an einer gewissen Schwerfälligkeit leiden, weil das Schwergewicht einer in bestimmter Richtung in Bewegung gebrachten Masse hier im Sinne eines größeren Beharrungsvermögens zur Auswirkung gelangt. Wir haben das ja gerade auch in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz deutlich genug und schmerzlich genug empfunden. Man denke nur an die letzte Revision ihrer Stellungnahme in der Frage der Landesverteidigung.

Der Auflösungsbeschluß der Komintern hat aus den eben dargelegten Gründen in orientierten sozialistischen Kreisen keineswegs sensationell gewirkt. Eine Änderung des Verhaltens der Bolschewistischen Partei Rußlands gegenüber den nicht bolschewistischen Parteien des Auslands ist mit dieser Auflösung keineswegs in Aussicht gestellt. Ebenso wenig sind die im Ausland bestehenden kommunistischen Parteien aufgelöst worden. Sie bestehen weiter. Sie werden auch die Prinzipien und die Taktik der kommunistischen Parteien ohne Zweifel weiter betätigen und werden sich gerade jetzt um so mehr anstrengen, aus der neuen Situation propagandistische Vorteile zu ziehen. Es ist wohl nötig, das recht deutlich zu sagen, weil gerade ehemalige Agenten der Komintern unzweifelhaft große Anstrengungen unternehmen werden, die Leichtgläubigen und die Naiven irrezuführen. Da die kommunistischen Parteien sich also nicht auflösen, da sie nach wie vor als politische Gegner der sozialistischen Parteien gegen diese in allen Ländern einen scharfen Kampf führen werden, so hüte man sich vor der Annahme, es sei in dieser Beziehung durch die Auflösung der Komintern irgend etwas anders geworden. Die Auflösung hat im Grunde nur einen tatsächlichen Zustand sanktioniert; denn die Komintern hat seit ihrem Bestehen nie etwas Positives für die Befreiung der Arbeiterklasse im Westen geleistet. Wo sie sich eingemischt hat, geschah es überall zum Schaden der kämpfenden Volksklassen. Einen Erfolg erreichte sie nirgends. Es zeigte sich, daß man die russischen Methoden nicht schematisch auf andere Länder übertragen konnte, wie das geschah. *So war eigentlich die Komintern seit langem tot, nur noch ein Phantom und Bürgerschreck. Ihre heutige Auflösung gibt andererseits keine Gewähr gegen ihre Neubildung, wenn die Voraussetzungen dafür günstig wären. Ebenso wäre es kindisch, zu glauben, ihre Auflösung habe irgendeine revo-*

lutionäre Gefahr beschworen und beseitigt. Wo in den sozialen Bedingungen einzelner Länder die Voraussetzungen für revolutionäre Bewegungen gegeben sind, werden diese mit oder ohne Komintern entstehen.

Es kann nicht die Aufgabe dieser Darlegungen sein, etwa einen Abriß der Geschichte der Komintern zu geben, so aufschlußreich auch ein Rückblick gerade im heutigen Zeitpunkt sein könnte. Nicht wenige ihrer einstigen Anhänger in Mittel- und Westeuropa haben in leidenschaftlichen Bekenntnissen einen starken Anteil der Schuld am Entstehen der Diktaturen der Spaltung der Arbeiterorganisationen und dem haßerfüllten Kampf der Kommunisten gegen alle nichtkommunistischen Parteien und Vertrauensleute der Arbeiterschaft zugeschrieben. Ich gehöre nicht zu jenen blinden Fatalisten, die den von der geschichtlichen Entwicklung beschrittenen Weg für unabänderlich und gegeben halten. Ein anderes Verhalten der Menschen, eine andere Politik hätte auch andere Ergebnisse gezeitigt. Ich bin überzeugt, daß der jahrzehntelange erbitterte Richtungskampf, die Exzesse der Verleumdung und Beschimpfung besonders die Arbeiterbewegung Deutschlands und Frankreichs in verhängnisvoller Weise behindert, geschwächt, gelähmt haben. In diesem Sinne wird eine rückschauende Kritik auch in aller kommenden Zeit ihre Berechtigung finden. Sie wird vielleicht auch versuchen, die Frage zu beantworten, welchen anderen Gang die Ereignisse in Europa ohne Komintern genommen haben würden. Ich trete hier darauf nicht ein; denn ich bin weit davon entfernt, die Komintern etwa zum Generalsündenbock zu machen. Sie ist es gewiß so wenig, so wenig die von den Kommunisten jahrzehntelang so übel beschimpften sozialistischen «Sozialfaschisten und Verräter» mit der alleinigen Schuld oder mit der Hauptschuld für das Entstehen des Faschismus und des Nationalsozialismus zu belasten sind.

Es scheint mir nötig, in diesem Zusammenhang kurz auf das Problem der Parteiverbote einzutreten. Noch ist mir in frischer Erinnerung, als ob er gestern stattgefunden hätte, der letzte Kongreß der Zimmerwalder vom September 1917 in Stockholm. Die bürgerlich-menschewistische Regierung Rußlands hatte inmitten des Krieges gegen die Zentralmächte die Bolschewistische Partei Rußlands und ihre Zeitungen verboten, weil diese die Armee zur Gehorsamsverweigerung und die Arbeiter zu Streiks aufgefordert hatten. Die Bolschewiken von 1917 nahmen gegen das Verbot Stellung und forderten vom Kongreß ein scharfes Desaveu gegen die Menschewistische Partei. Kaum daß sie am Ruder waren, haben die Kommunisten Rußlands alle andern Parteien verboten. War diese Maßnahme im Zeitpunkt der Sicherung der Revolution vor den militärischen Angriffen der weißgardistischen Konterrevolution zu verstehen, so wollen wir doch hoffen und erwarten, daß die Inkraftsetzung einer demokratischen Verfassung in Rußland die Ära der Ausschließlichkeit beenden und zumal auch den sozialdemokratischen Gesinnungen in Rußland eine freie Betätigung im Rahmen der russischen Demokratie ermöglichen werde. Ich bin völlig davon überzeugt, daß die Zukunft Rußlands einer geläuterten und in wirtschaftlicher Richtung gewaltig erweiterten und verbesserten Demokratie gehört und daß die Demokratie der russischen Kultur und Wirtschaft ungeahnten Auftrieb geben wird. Keine Maßnahme

Rußlands könnte ihm in der Welt nachhaltigere Sympathien erwecken als sein Übergang zu den Grundsätzen und den Methoden der Demokratie.

In der Tat stehen sich in der Frage des Parteienverbots der kommunistische und der sozialdemokratische Parteistandpunkt unversöhnlich gegenüber. Ob Parteienverbot oder nicht, das ist dem konsequenten Bolschewik immer eine Macht-, niemals eine Prinzipienfrage. Von einem sozialdemokratischen Grundsatz aus würde man dagegen sagen, daß den auf dem Boden demokratischer Staatsentwicklung stehenden, das heißt mit den Mitteln und Rechten der Demokratie wirkenden Parteien, eine unbehinderte politische Arbeit zugestanden werden muß. Die Demokratien haben sich sogar und leider in der Gewährung aller Freiheiten gegenüber den despotischen, den diktatorischen Parteien viel zu nachsichtig gezeigt und damit in einigen Ländern die Beseitigung der Demokratie selber verschuldet. *Durch diese bitteren Erfahrungen gewitzigt, werden die Demokratien offenbar in der kommenden Zeit sich anders verhalten und nicht erlauben, daß die Freiheiten der Demokratie dazu mißbraucht werden, die Demokratie selber zu beseitigen.* Nur die Demokratie, die durch den Staatsstreich ihrer Regierung oder einer andern Gruppe, die Spielregeln der Demokratie außer Kraft setzt, das heißt das souveräne Volk seiner Souveränitätsrechte beraubt, begründet und rechtfertigt die Volkserhebung zu dem Zwecke, die Volksherrschaft wieder in ihre Rechte einzusetzen und sie sicherzustellen!

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat erst in den Gefahren der Kriegszeit und nach langem Zögern sich für das Verbot der frontistischen Gruppen und später auch der kommunistischen Gruppe ausgesprochen. Noch einige Zeit vor Kriegsausbruch, als aus bürgerlichen Kreisen Parteiverbote gefordert worden sind, hat die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrates durch eine Interpellation des Schreibenden ihren Einspruch gegen diese Absichten zum Ausdruck gebracht. *Zwanzig Jahre demokratische Freiheit der Propaganda hatten der Kommunistischen Partei der Schweiz keinerlei Bedeutung zu geben vermocht.* Bei den Nationalratswahlen des Herbstes 1939 hat sie bei voller Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechtes und der Propaganda im Kanton Zürich nur 1300 Stimmen auf ihre Liste zu vereinigen vermocht. *Man durfte und darf auf Grund dieser Erfahrung der Meinung sein, daß die Demokratie mit solchen Bewegungen sich am besten und erfolgreichsten ohne polizeiliche Verbote auseinandersetze.* Als aber nach dem Abschluß des Paktes zwischen Rußland und dem Dritten Reich sich Stimmen aus der schweizerischen KP. mehrten, welche eine bedenkliche Desorientierung und eine bemerkenswerte Stellungnahme zur schweizerischen Unabhängigkeit bekundeten (zum Beispiel schrieb mir damals ein prominentes Mitglied und ehemaliger Nationalrat der Kommunistischen Partei, Rußland und Deutschland würden gemeinsam in die Schweiz einmarschieren und Ordnung schaffen), blieb das nicht ohne Eindruck. Der Bundesrat sprach das Verbot am 26. November 1940 aus. Die sozialdemokratische Fraktion hat nicht ohne Bedenken anlässlich der Ratifikation dieses Beschlusses in den Räten sich für die Gutheißung ausgesprochen. Diese Stellungnahme ist in der Partei keinerlei Widerspruch begegnet. In welcher Situation das

geschah und welche Gründe dafür maßgebend waren, mag von berufenerer Seite in der «Roten Revue» dargelegt werden. Bei Behandlung der Petition zugunsten der Aufhebung des Verbotes (März 1943) hat die sozialdemokratische Fraktion, in der sich entschiedene Freunde und Gegner des Verbotes geäußert haben, für eine motivierte Stimmenthaltung ausgesprochen. In der Erklärung des Fraktionspräsidenten hat sie namentlich auf den Umstand hingewiesen, daß bis zur Stunde die Eidgenössische Sammlung, eine frontistische Organisation, die ideologisch unter dem Einfluß ausländischer Ideen steht, noch keineswegs verboten sei, vielmehr ihr landesfeindliches Unwesen weiter betreiben könne. Die Stimmenthaltung bedeutet ein wesentliches Abrücken von der früheren zustimmenden Stellungnahme, die sich hauptsächlich aus einer ganz bestimmten Lage erklären läßt. Wie die Fraktion sich weiter verhalten wird, kann nicht vorausgesagt werden. Voraussichtlich nehmen die Anhänger der Aufhebung des Verbotes an Zahl zu, weil es sich gezeigt hat, daß gerade das Verbot die unerfreuliche Wirkung gezeitigt hat, daß die Kommunisten seit dem Verbot um so mehr versuchen, ihr Tätigkeitsfeld in sozialdemokratische Sektionen zu verlegen. Ich halte persönlich die Aufhebung des Verbotes für erwünscht. Sie würde, ganz abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken, an Stelle der subversiven Tätigkeit der Kommunisten die offene Auseinandersetzung in getrennten Organisationen ermöglichen, und diese wäre bei weitem dem heutigen Zustand vorzuziehen.

Es mögen wohl an die zwölf oder dreizehn Jahre her sein, daß Otto Bauer von großer Sorge um die Gestaltung der Dinge in Mitteleuropa erfüllt, eine Verständigung zwischen den Russen einerseits und den mittel- und westeuropäischen Sozialisten andererseits angeregt hat. Schon damals war zu erkennen, daß, entgegen der früheren Auffassung vieler Sozialisten, die russische Revolution, wenn auch auf andern Wegen, sich zu einem gewaltigen Werk der gesellschaftlichen Erneuerung gestaltete. Es geschah ein paar Jahre später das Unerwartete, daß Rußland in sensationellen Prozessen die alten Bolschewiken des Verrates zieh und sie scharenweise dem Henker überwies. Noch fällt es uns Fernstehenden schwer, uns über diese Vorgänge und ihre Bedeutung für Rußlands Zukunft ein zuverlässiges Bild zu machen. Um so mehr aber hat Rußlands Leistung im heutigen Krieg, selbst wenn man die bedeutenden Lieferungen der Alliierten in Betracht zieht, alle Erwartungen übertroffen. Sind die Kommunisten Rußlands dazu imstande, nach diesem Krieg und nach der rettenden Hilfe, die sie von den großen Demokratien erhalten haben, zu einer gerechteren Würdigung der Haltung und der Leistung der westlichen Demokratien zu gelangen? Können sie den Bolschewismus von einst und seine Entzweigungsmethoden aufgeben? Vermögen sie sich in eine einheitliche Organisation und Partearbeit diszipliniert einzureihen, um mit den in jedem einzelnen Lande möglichen und für seine Verhältnisse gegebenen Methoden im Befreiungskampf um den Sozialismus mitzuwirken und damit von dem alleinigen Schema loszukommen? Vermöchten sie wenigstens im Sinne der Vorschläge Otto Bauers dazu beitragen, eine Verständigung anzubahnen? Nur wenn das der Fall wäre, käme der

Auflösung der Komintern für die Arbeiterbewegung der nächsten Jahre unmittelbare politische Bedeutung zu.

Wenn heute in einem Zeitpunkt verstärkter Sympathien für Rußland die Sozialdemokratische Partei in Städten wie Zürich und Basel (Genf bildet einen Fall für sich) bestimmten Gefahren ausgesetzt ist, so nur deshalb, weil unsere schweizerische Partei sowohl als die lokalen Parteien es an einer nachdrücklichen Abklärung haben fehlen lassen. Im Kanton Zürich ist diese zwar am letzten kantonalen Parteitag durch den Ausschluß Gmürs in exemplarischer Weise erfolgt, aber eine endgültige Klarstellung scheint damit nicht geschaffen zu sein. Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei betätigt sich im Sinne kommunistischer Zellenarbeit eine ganze Anzahl eifriger Leute, die nicht in guten Treuen Sozialdemokraten sind, sondern systematisch an der Aushöhlung und Minierung der Partei arbeiten. Die Sozialdemokratische Partei und einzelne ihrer Vertrauensmänner werden ganz im Sinne Nicolescher Methoden heruntergemacht. So sehr diese unterirdische Zellenarbeit sich Mühe gibt, sich als legitime Parteiopposition zu tarnen, so sind in ihr doch auch offenkundige politische Gegner der Sozialdemokratie am Werk, Leute, die keine Sozialdemokraten sein wollen, Leute, die der Sozialdemokratie durchaus feindlich gegenüberstehen und zurzeit ihre Hoffnungen darauf richten, daß es ihnen gelingen werde, entweder mit der Zeit einzelne Sektionen und sodann die ganze Partei zu erobern oder sonst doch wenigstens eine neue Spaltung in einem günstigen Zeitpunkt durchzusetzen. Bei der Mehrheit der Mitläufer handelt es sich um gutgläubige Gefolgsleute, die aus irgendeinem Grunde verärgert sind. Konfrontiert man ihre Vorbringen mit ihrem eigenen Verhalten in den kritischen Zeitpunkten der letzten Jahre, so bleibt nicht allzuviel berechnete Aussetzung übrig. Ich will damit aber keineswegs gegen die Kritik als solche Stellung nehmen. *Ich halte sie gerade auch heute in der schweizerischen Arbeiterbewegung als Gesamterscheinung für nötig und nützlich. Ich wünschte bloß, daß sie konstruktiver würde; denn gewisse Schwächen liegen so offenkundig zutage, daß sie allen, die offene Augen haben, sichtbar sind. Was wir aber bedürfen, ist eine Kritik, die sich am Interesse unserer gesamten sozialistischen Aktivität orientiert und nicht vom Hintergedanken parteipolitischer Unterminierungsarbeit geleitet ist!* Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu erwarten, die Aufhebung der Komintern habe die Aushöhler und Zellenmacher stillgestellt. Das Gegenteil wird der Fall sein. Sie rechnen darauf, jetzt gerade um so unbehinderter mit den erbärmlichsten Mitteln der Verleumdung und der Zerstörung des Vertrauens weiterwirken zu können. Sollte die Erfahrung der kommenden Monate anders ausfallen, will ich mich gerne davon überzeugen. Inzwischen aber ist jene Warnung, die Genosse Fritz Schneider unlängst gegenüber den neuen Einheitsfront-Manöveristen zum Ausdruck gebracht hat, völlig am Platze. *Niemals hat eine kommunistische Partei gegenüber einer selbst gemäßigten Opposition in ihren Reihen so viel Langmut und Geduld an den Tag gelegt, wie wir Sozialdemokraten das bei uns für selbstverständlich halten.* Unsere Partei bekundet gewissen feindlichen Angriffen gegenüber zuwenig Ehrgefühl und Stolz. Ich wende mich aber gegen eine

Machtsteigerung des sogenannten Apparates, wie er für die kommunistischen Parteien charakteristisch war. Ich bin darum auch nicht für die Einschüchterung und Mundtotmachung einer legitimen Opposition, die mit ehrlichen und aufrichtigen Methoden arbeitet; *dagegen kann bei Strafe ihrer Zerstörung keine Partei dulden, daß sie von ihren politischen Gegnern von gestern und morgen von innen heraus unterwühlt und zerstört wird.* Hier haben wir noch recht viel von den Kommunisten zu lernen.

In Zürich haben wir bei den Gemeindewahlen des Frühlings 1942 und namentlich bei den Kantonsratswahlen dieses Jahres einige beherzigenswerte Erfahrungen gesammelt. Die Wahlkämpfe sind derart verwildert, daß nicht nur die Subventionslosen sowohl im Frühling 1942 als im Frühling 1943 durch die Herausgabe und massenhafte Verbreitung panaschierter Listen ganze Delegationen geköpft haben, sondern es haben sich auch kommunistische und andere Listenmacher in gleicher Weise betätigt. Die Wirkung war, wie man sich denken kann, höchst unerfreulich. Das Bestreben richtet sich darauf, innerhalb der sozialdemokratischen Fraktionen Zellen zu bilden, die gegebenenfalls Politik auf eigene Faust machen. Wenn solche Zellen bisher glücklicherweise auch noch nicht in Erscheinung getreten sind, so sei die Gefahr doch mit allem Nachdruck signalisiert. In einer Zeit, da sowohl der Elefant als andere Gruppen systematisch Panaschierungsmanöver inszenieren, kann eine Partei, die etwas auf sich hält, nicht weiterfahren, die Augen zuzudrücken, als geschähe nichts, das sie schädigt und verwundet. *Sie kann diesen Machenschaften der organisierten Panaschierungsmanöver gar nicht anders entgegentreten als durch kumulierte Listen, über welche die Partei in demokratischer Weise entscheiden muß, wie sie das gegenüber gleichen Quertreibereien schon in früherer Zeit und immer wieder hat tun müssen.* Wenn sie nicht stark genug ist, hier zum Rechten zu sehen und den Quertreibern und politischen Streichorchestern das Handwerk zu legen, kann sie ruhig liquidieren.

Nun will aber die Sozialdemokratische Partei der Schweiz nicht liquidieren. Im Gegenteil. Sie steht am Beginne einer überaus bemerkenswerten Epoche. Sie hat in ihrem Programm *Neue Schweiz* einen Weg gewiesen, der eine groß gesehene Perspektive sozialer Umwandlung zum Ziele hat. Diese Entwicklung wird sich nicht eines Tages etwa ganz von selber realisieren. Europa wird sie uns nicht schenken. Wir Schweizer haben sie selber zu erarbeiten und zu erkämpfen. Das wird ungeheure Anstrengungen erfordern und nur von einem Volke verwirklicht werden können, das sich freudig auch einer geistigen Regeneration unterwirft. Gerade darum werden alle, denen es mit dieser Entwicklung ernst ist, sich freudig und diszipliniert einreihen. Diejenigen aber, die sich aus sektiererischer Verbohrtheit oder aus irgendwelchen andern Gründen dem großen Werk entgegenstellen, können wir nicht Sabotage weiter treiben lassen. In diesem Punkte Klarheit zu schaffen und zu handeln, scheint mir eine der dringlichsten Aufgaben der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei zu sein.